



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Dienstag, 14. März 2023
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:35 Uhr
Teil:
Sitzungsende öffentlicher Teil: 20:27 Uhr
Ort: Saal der Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas	
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline	
Gemeinderat	Beck Josef	
Gemeinderat	Bell Bernhard	
Gemeinderat	Elbert Andreas	
Gemeinderätin	Gläßel Marita B.	
Gemeinderat	Günther Sven	
Gemeinderat	Hofmann Reinhold	
Gemeinderat	Lang Johannes	
Gemeinderat	Mödl Maximilian	
Gemeinderat	Seefried Holger	kommt während lfd. Nr. 093
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg	
Gemeinderat	Stoll Marcus	

Entschuldigt:

Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana

Sonstige Anwesende:

Verwaltung	Gemeinde Theilheim - Rathaus, XXXXXXXX	
Verwaltung	Gemeinde Theilheim - Rathaus, XXXXXXXX	lfd. Nrn. 090 und 091 anwesend

Schriftführer/-in:

Geschäftsleitende Beamtin	Heike Thoma
------------------------------	-------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
02.	Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2023 (mit Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2024 bis 2026)
03.	Gründung eines Zweckverbandes „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“
04.	Beitritt zur Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“
05.	Terminfindung zur Gemeinderatssitzung im April 2023
06.	Verlängerung eines Pachtvertrages mit dem Sportverein Theilheim 1949 e.V.
07.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 17.01.2023, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
08.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
08.01	Information: Feuerwehrdienstversammlung am 21.03.2023 - Kommandantenwahl
08.02	Information: Wasserlieferungsverträge FWF: Wasserpreise und Anschlussbedingungen
08.03	Information: KiTA Theilheim: Standort Baukran (Bürger-Anfrage aus der Gemeinderatssitzung vom 17.01.2023)
08.04	Information: Spatenstich zu Umbau und Erweiterung der KiTa St. Johannes am Gartenweg
09.	Fragen aus dem Gemeinderat
09.01	Anfrage aus dem Gemeinderat: Weg von der Löschwasserzisterne zum Fußballplatz

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:35 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
Lfd. Nr. 090	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Beschluss 1:

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 02.	Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan 2023 (mit Finanzplan und Investitionsprogramm für die Jahre 2024 bis 2026)
Lfd. Nr. 091	

Sachverhalt:

Auf den Vorbericht zum Haushalt 2023 (dem TOP als Anlage beigelegt) wird verwiesen. Erster Bürgermeister Herpich verliest den Vorbericht.

Diskussionsverlauf:

Auf Nachfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass es - bei Festsetzung einer niedrigeren Kreisumlage als bei den Haushaltsvorberatungen angenommen (41 v. H. statt 43 v. H.) - eine Option ist, den Haushaltsansatz zu ändern.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat beschließt den Finanzplan für die Jahre 2024 bis 2026 und das Investitionsprogramm in der vorliegenden Fassung. Finanzplan und Investitionsprogramm sind wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses und sind diesem als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 2:

Der Gemeinderat beschließt die Haushaltssatzung, den Haushaltsplan sowie den Stellenplan 2023. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan sind wesentlicher Bestandteil dieses Beschlusses und sind diesem ebenfalls als Anlage beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 03.	Gründung eines Zweckverbandes „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“
Lfd. Nr. 092	

Sachverhalt:

Aufgrund der stetig zunehmenden Verkehrsbelastung sowie der damit einhergehenden und von Bürgerinnen und Bürgern gemeldeten zahlreichen Verkehrsvergehen, beabsichtigt die Gemeinde Theilheim (im weiteren Text „Kommune“) die Fortführung der kommunalen Verkehrsüberwachung. Da sich die Verwaltung aber personell nicht in der Lage befindet eine solche kommunale Verkehrsüberwachung eigenständig durchzuführen wurde nach Alternativen gesucht.

Im Herbst 2021 erfolgte durch das Landratsamt eine Abfrage zur kommunalen Verkehrsüberwachung, welche den großen Bedarf der Landkreiskommunen zu Tage förderte. Darüber hinaus ist die Aufnahme weiterer Kommunen im Rahmen von Zweckvereinbarungen bzw. die Verlängerung von befristet genehmigten Zweckvereinbarungen im Rahmen der kommunalen Verkehrsüberwachung seitens des Landratsamtes in vielen Fällen nicht möglich. Oft übersteigt der Umfang der übernommenen Aufgaben, welche nach Art. 7 KommZG nachrangig sein müssen, den Anteil den die ausführende Kommune für sich selbst erbringt.

Im März 2022 wurden die Umfrageergebnisse und damit der große Bedarf im Rahmen einer Informationsveranstaltung vorgestellt. Es folgte die Gründung einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von XXXXXXXX (Leiter Stabsstelle Landrat), welche die Interkommunale Zusammenarbeit in der Verkehrsüberwachung rechtlich prüfen und deren Umsetzung klären sollte. An dieser Arbeitsgruppe beteiligten sich Bürgermeister, Geschäftsleiter und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Landratsamt.

Als Ergebnis der Prüfung wurde der Vorschlag „Gründung eines Interkommunalen Zweckverbandes zur Verkehrsüberwachung“ weiterverfolgt. Neben dem erforderlichen Satzungsentwurf (siehe Anlage), wurde die notwendige Ausstattung, Räumlichkeiten und Umsetzung durch eine Fremdvergabe für die Dienstleistung „Außendienst“ geprüft, abgewogen und favorisiert. Es wurde ein Zeitplan entwickelt, um die Gründung des Zweckverbandes noch in 2023 zu ermöglichen. Die Aufnahme der Kontrolltätigkeit im Außendienst ist ab 01.01.2024 geplant.

Da die Aufgabe kommunale Verkehrsüberwachung nicht „doppelt“ übertragen werden darf, ist seitens der Kommune sicherzustellen, dass ggf. bestehende Verträge mit Dienstleistern und Zweckvereinbarungen zum Zeitpunkt der Gründung des Zweckverbandes „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“ beendet sind. Dies bedeutet, dass die betreffenden Verträge und Vereinbarungen rechtzeitig aufgehoben oder gekündigt werden müssen. Zu beachten ist hierbei,

dass die Kündigung von Zweckvereinbarungen durch die Kommunalaufsicht geprüft, genehmigt und bekannt gemacht werden muss. Hierfür ist ausreichend Zeit einzuplanen.

Am 20.01.2023 wurden die Ergebnisse der Arbeitsgemeinschaft und der zeitliche Ablauf der Gründung des Zweckverbandes im Rahmen einer weiteren Informationsveranstaltung vorgestellt.

Zunächst soll mit einem Grundsatzbeschluss über die Mitgliedschaft im Zweckverband, die Übertragung der Aufgabe kommunale Verkehrsüberwachung und den Umfang der in 2024 und 2025 durchzuführenden Überwachungsstunden im ruhenden und fließenden Verkehr entschieden werden.

Auf Grundlage der durchgeführten Abfrage würden die Kommunen im Durchschnitt für den fließenden Verkehr 15 Stunden pro Monat und für den ruhenden Verkehr 23 Stunden pro Monat beauftragen. Nach den vorliegenden Erfahrungswerten betragen die Kosten pro Überwachungsstunde für den fließenden Verkehr rund 150 Euro und für den ruhenden Verkehr 35 Euro pro Stunde zzgl. km-Pauschale. Die jährlichen Kosten für die Geschäftsstelle sowie eigenes Personal (vier Mitarbeiter) werden auf rund 300.000 Euro geschätzt. Auf der Basis der angemeldeten Überwachungsstunden der Kommunen kann dann die Berechnung des einzubringenden Sockelbetrages erfolgen.

Sobald die Satzung finalisiert ist, ist zwingend ein weiterer Beschluss über die Zweckverbandssatzung notwendig. Erst nach anschließender Prüfung, Genehmigung und Bekanntmachung durch die Kommunalaufsicht gründet sich der Zweckverband und die konstituierende Sitzung kann durchgeführt werden. Anschließend kann auch die Ausschreibung des notwendigen Personals und Anmietung der Räumlichkeiten und somit die Betriebsaufnahme erfolgen. Weiterhin sind die Ausschreibungen und Vergaben der Dienstleistungen „Außendienst“ zu tätigen, der Haushalt des Zweckverbandes für das Haushaltsjahr 2023 aufzustellen und ggf. die übernommenen Altfälle aus zuvor gekündigten Zweckvereinbarungen oder Verträgen der Mitgliedsgemeinden abzuarbeiten.

Wenn die Interkommunale Zusammenarbeit im Rahmen des Zweckverbandes zustande kommt, hat die Regierung von Unterfranken die Möglichkeit einer Anschubfinanzierung für die Interkommunale Zusammenarbeit in Aussicht gestellt. Das Verfahren hierzu wird federführend vom Markt Reichenberg für den Zweckverband geführt und betreut werden.

Die Gemeinde Theilheim beabsichtigt für das Jahr 2024 beim Zweckverband 10 Stunden pro Monat für den ruhenden Verkehr und 6 Stunden pro Monat für den fließenden Verkehr anzumelden. Für das Jahr 2025 werden 10 Stunden pro Monat für den ruhenden Verkehr und 6 Stunden pro Monat für den fließenden Verkehr angemeldet.

Diskussionsverlauf:

- Für die Überwachung des ruhenden Verkehrs wird Personal des Verkehrsdienstes vor Ort eingesetzt.
- Auf Anfrage erläutert Erster Bürgermeister Herpich, dass bei den Verkehrskontrollen zur Überwachung des fließenden Verkehrs die Rüstzeiten (auch für den An- und Aufbau der

Anlage) einzurechnen sind. Pro Messpunkt ergibt sich daraus eine Mindestzeit von 3 Stunden: Der fließende Verkehr in Theilheim wird zweimal monatlich überwacht.

- Der angemeldete Bedarf kann angepasst werden.
- Aktuell liegt der Schwerpunkt der Überwachung des fließenden Verkehrs verstärkt in den Wohngebieten; für vier Wochen ist ein Seitenradar installiert; der Gemeinderat wird über die Ergebnisse informiert werden.

Beschluss 1:

Die Gemeinde Theilheim nimmt die Ausführungen zur Gründung des Zweckverbandes „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“ zur Durchführung der Aufgabe kommunale Verkehrsüberwachung sowie den Entwurf der Zweckverbandssatzung, mit Stand vom 30.01.2023 zur Kenntnis. Sie beschließt dem Zweckverband „Interkommunale Zusammenarbeit Mainfranken“ bei seiner Gründung im Rahmen einer Mitgliedschaft beizutreten und die Aufgabe der kommunalen Verkehrsüberwachung für das Gemeindegebiet in den Ortsgrenzen Theilheims zu übertragen. Für das Jahr 2024 meldet Die Gemeinde Theilheim zur Überwachung des ruhenden Verkehrs 10 Stunden pro Monat sowie des fließenden Verkehrs 6 Stunden pro Monat beim Zweckverband an. Für das Jahr 2025 werden zur Überwachung des ruhenden Verkehrs 10 Stunden pro Monat und zur Überwachung des fließenden Verkehrs 6 Stunden pro Monat beim Zweckverband angemeldet.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 04.	Beitritt zur Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“
Lfd. Nr. 093	

Sachverhalt:

Diesem Beschlussvorschlag liegt ein Antrag von Gemeinderat Holger Seefried, MTg Fraktion zu Grunde. Dieser liegt dem Beschlussvorschlag als Dokument bei.

Die Städteinitiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ vereint die Interessen von Kommunen, die mehr Gestaltungsfreiheit in der Definition von Bereichen mit Höchstgeschwindigkeit Tempo 30 innerorts in den jeweiligen Kommunen fordert. Seit Jahren werden verkehrsberuhigende Maßnahmen oder Tempolimits auf der Hauptstraße zum Schutz von Fußgängern (Kinder!) und der Anwohner (Lärmschutz, Emission von Schadstoffen) gefordert. Das Straßenbauamt lehnt diese regelmäßig – auch in anderen Kommunen wie z.B. Randersacker – mit Hinweis auf den notwendigen „Verkehrsfluss“ ab.

Forderungen und Hintergründe der Städteinitiative

Die Initiative fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen können, wo sie es für notwendig halten. Derzeit legt der § 45 der Straßenverkehrsordnung - ein Bundesgesetz - fest, dass Tempo 30 nur bei konkreten Gefährdungen bzw. vor sozialen Einrichtungen wie beispielsweise Kitas und Schulen angeordnet werden kann.¹

Diese Möglichkeiten des § 45 wurden in Theilheim bereits ausgeschöpft. Die in der Sitzung im Dezember vorgetragenen Anliegen der Grundschüler:innen für einen sicheren Schulweg und die Diskussion darüber hat gezeigt, dass eine Verkehrsberuhigung bzw. Verlangsamung ein dringliches Anliegen der Eltern, Großeltern, Senior:innen und zahlreicher Anlieger der Hauptstraße

ist. Sichere Überwege wie Ampeln oder Zebrastreifen sind aus baulichen Gründen nur schwer und teuer zu realisieren bzw. werden von den übergeordneten Behörden abgelehnt (vgl. Gemeinderatsdiskussionen bzw. Verhandlungen Randersacker). Von einer Verlangsamung des Verkehrs innerorts wird der „Verkehrsfluss“ nur minimal tangiert, da aufgrund der Enge der Straße, Abbiegevorgängen, des Begegnungsverkehrs, eines abschüssigen Banketts in der Biebelrieder Straße etc. Tempo 50 kaum auf der gesamten Strecke möglich ist. In einigen Bereichen werden von den Fahrer:innen aber Geschwindigkeiten weit über 50 km/h gefahren. Auch bei Tempo 50 ist aufgrund der schlechten Einsehbarkeit durch Straßenführung, unübersichtliche Kreuzungen oder parkende bzw. haltende Fahrzeuge, LKW, Busse,... an vielen Stellen eine sichere Querung der Straße für Fußgänger nur schwer möglich. Zudem ist nach dem Ausbau des Radwegs auch zunehmender Radverkehr auf der Hauptstraße unterwegs. Dies bedeutet tagtäglich ein hohes Risiko für die Bürger:innen in Theilheim. Dieses lässt sich in Zahlen so:

Zitat aus einer Studie des Umweltbundesamts:

„Bei Unfällen von Kfz und zu Fuß Gehenden überleben laut (OECD; ECMT, 2006) 90 Prozent den Zusammenstoß bei Tempo 30. Bei Tempo 50 überleben nur noch 20 Prozent. Einer jüngeren Studie von (Tefft, 2011) zufolge liegt das Todesrisiko für eine 45 Jahre alte Person bei einer Kollision mit 32 km/h bei 25 Prozent, bei 53 km/h bei 75 Prozent. Wo Konflikte zwischen Kfz und ungeschützten Verkehrsteilnehmenden möglich sind, ist die höchste als sicher anzusehende Geschwindigkeit 30 km/h (Van den Berghe, et al., 2020).“²

Zitierte Quellen:

1

Quelle: <https://www.lebenswerte-staedte.de/hintergruende.html>

2

https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/366/dokumente/umweltwirkungen_von_tempo_30_innerorts_-_kurzbeschreibung_und_ergebnisse.pdf

Diskussionsverlauf:

- Der Beschlussempfehlung wird aus dem Gremium heraus nur teilweise zugestimmt: Es wird die Auffassung vertreten, dass nur dem Beschlussvorschlag Nr. 3 zugestimmt, ein Beitritt zur Initiative jedoch nicht erfolgen sollte.
- Erster Bürgermeister Herpich erläutert daraufhin, dass die Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ nur ein Interessensverband sei, dem jetzt – nach großen Städten und Zentren wie Berlin und München – auch kleinere Kommunen beitreten können.
- Ein Gemeinderatsmitglied vertritt die Auffassung, dass der Beitritt nur eine Anstoßfunktion haben kann; es sei wichtig, dass die Gemeinde Einfluss nehme. Die Gemeinde sollte im Gemeindebereich insgesamt autark über die Höchstgeschwindigkeiten bestimmen können. Abseits der Hauptstraßen sollte immer Tempo 30 km/h gelten. Früher sei die Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Straßenbelag aufgemalt worden. Erster Bürgermeister Herpich weist darauf hin, dass dies in Theilheim bereits so geregelt ist: die entsprechende Beschilderung stehe, sei aber vergilbt und daher schwer lesbar. Ein Austausch ist geplant. Für Streckenbereiche, die nicht in der Baulast der Gemeinde stehen, wird aber weiterhin Tempo 50 km/h gelten.
- Gerade für die Biebelrieder Straße, die in der Baulast des Landkreises steht, bestehe Handlungsbedarf im Hinblick auf die mangelhafte Gehwegsituation und das Thema Verkehrssicherheit. Wenn für die Biebelrieder Straße beispielsweise Tempo 30 km/h festgelegt würde, verlängere sich die Fahrtzeit für den einzelnen Autofahrer nur um ein paar Sekunden. Erster Bürgermeister Herpich weist darauf hin, dass die Biebelrieder Straße in der Baulast des Landkreises Würzburg steht.
- Aus dem Gremium heraus wird die Meinung vertreten, dass die Diskussion am Antrag vorbei gehe. Unter Verweis auf die Beschlussfassung zur Nichtbefassung zum Antrag zum Steinbruch in Lindelbach / Randersacker wird vorgetragen, dass das Gremium sich auf Themen vor Ort beschränken sollte. Es werde reine Symbolpolitik betrieben.

- Dazu stellt ein anderes Gemeinderatsmitglied fest, dass Symbolpolitik an dieser Stelle notwendig sei, da hier ein Problem vorliege. Der Aufwand sei nicht groß, aber Theilheim mache sich hörbar.

Beschluss 1:

Der Gemeinderat Theilheim befürwortet den Beitritt zur Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ und unterstützt die Ziele derselben.

1. Die Gemeinde Theilheim bekennt sich zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unserem Ort Theilheim (und anderen Orten) zu erhöhen.

2. Die Gemeinde Theilheim sieht Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.

3. Die Gemeinde Theilheim fordert den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.

4. Die Gemeinde Theilheim begrüßt ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neureglung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nachsteuern zu können.

Abstimmungsergebnis: 9 : 4

TOP 05.	Terminfindung zur Gemeinderatssitzung im April 2023
Lfd. Nr. 094	

Sachverhalt:

Der reguläre Termin für die turnusmäßige Gemeinderatssitzung (erster Dienstag im Monat), liegt in den Bayerischen Osterferien, Dienstag, 04.04.2023.

Ergänzung: Für den 04.04.2023 ist eine kurze – voraussichtlich rein nichtöffentliche – Sitzung des Bauausschusses KiTA geplant.

Der erste mögliche Termin für eine Gemeinderatssitzung nach den Ferien wäre am Dienstag, den 18. April 2023.

Diskussionsverlauf:

Sitzungstermin für die nächste Gemeinderatssitzung ist 04.04.2023; der Sitzung des Gemeinderates ist eine Sitzung des Bauausschusses KiTA vorgeschaltet.

Sachverhalt:

Der bereits unterzeichnete Vertrag zwischen der Gemeinde Theilheim und dem Sportverein Theilheim 1949 e.V., wurde vom Abteilungsleiter der hiervon betroffenen Tennisabteilung beim Bayerischen Landessportverband (BLSV) eingereicht um Fördermittel für die „Die Sanierung von drei Tennisplätzen“ zu beantragen.

Vom BLSV wurde u.a. die Laufzeit des Vertrages sowie die Sonderkündigungsrechte der Gemeinde moniert. Hierzu schrieb der Abteilungsleiter Tennis an den Gemeinderat: Verlängert also bitte den Pachtvertrag auf 30 Jahre und nehmt die Klauseln bei 11.3 heraus, sonst bekommen wir keine Förderung.

Gerne sende ich diesmal einen Vorabdruck an XXXXXXXXXX (Anm. d. Verf: Ressort Förderung Sportstätte beim BLSV) zur Prüfung. **Hätten wir vielleicht letztes Mal schon so machen sollen**

Der vorliegende Vertragsentwurf vom 10.03.2023, diesem TOP als Anlage beigelegt, wurde seitens der Gemeinde bereits im Vorfeld dem Ressort Förderung Sportstätte beim BLSV abgestimmt.

§11 Die Ergänzungen des §11 ff, beruhen auf den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen des Freistaates Bayern zur Förderung des organisierten Sports (Sportförderrichtlinien – SportFÖR), in der Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 5. Dezember 2022, Az. H2-5880-1-20 (BayMBI. Nr. 714).

§3 Pachtdauer / 3.1 Pachtverhältnis lautet neu:

und endet am: 31.12.2052, 24 Uhr, bisher und endet am: 31.12.2042, 24 Uhr

§11 Kündigung, Absatz 11.3, wird um die folgenden beiden Absätze ergänzt:

2. Das Nutzungsrecht sowie das Hausrecht werden auf die Dauer von 25 Jahren ab Fertigstellung der Anlage uneingeschränkt, unkündbar und unabdingbar eingeräumt. §11.3 1) ruht in dieser Zeit.

Die Fertigstellung der Sanierungsmaßnahme: „Sanierung von drei Tennisplätzen (2023)“, ist der Gemeinde anzuzeigen.

3. Das gesetzliche Recht zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund gemäß § 543 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) bleibt davon unberührt.

Beschluss 1:

Den folgenden Änderungen und Ergänzungen am Pachtvertrag wird zugestimmt:

§3 Pachtdauer / 3.1 Pachtverhältnis lautet neu:

und endet am: 31.12.2052, 24 Uhr

§11 Kündigung, Absatz 11.3, wird um die folgenden beiden Absätze ergänzt:

- 11.3.2. Das Nutzungsrecht sowie das Hausrecht werden auf die Dauer von 25 Jahren ab Fertigstellung der Anlage uneingeschränkt, unkündbar und unabdingbar eingeräumt. §11.3 1) ruht in dieser Zeit.**

Die Fertigstellung der Sanierungsmaßnahme: „Sanierung von drei Tennisplätzen (2023)“, ist der Gemeinde anzuzeigen.

- 11.3.3. Das gesetzliche Recht zur außerordentlichen fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund gemäß § 543 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) bleibt davon unberührt.**

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Das Gemeinderatsmitglied Marcus Stoll ist wegen persönlicher Beteiligung von der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen.

TOP 07.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus der Sitzung vom 17.01.2023, für die die
Lfd. Nr. 096	Nichtöffentlichkeit weggefallen ist

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Es liegen keine Beschlüsse vor, bei denen die Geheimhaltung entfallen ist.

TOP 08.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 097	

TOP 08.01	Information: Feuerwehrdienstversammlung am 21.03.2023 - Kommandantenwahl
Lfd. Nr. 098	

Sachverhalt:

Am Dienstag, den 21.03.2023, um 20:00 Uhr, findet in der Jakobstalhalle eine interne Dienstversammlung der Freiwilligen Feuerwehr statt. Die Teilnehmer wurden bereits postalisch eingeladen.

TOP 08.02	Information: Wasserlieferungsverträge FWF: Wasserpreise und Anschlussbedingungen
Lfd. Nr. 099	

Sachverhalt:

Mit Schreiben vom 18.01.2023 hat die Fernwasserversorgung Franken mitgeteilt, dass die zum 01.01.2024 angekündigte Wassertarifierhöhung „in der Zwischenzeit nicht mehr ausreichend ist. Die Vorlieferanten haben zusätzliche Kostensteigerungen für den Wasserbezug der FWF mitgeteilt, zusätzlich mussten höhere Kosten trotz staatlicher Energiepreisbremse für den Strombezug hingenommen werden. Durch die fortlaufende Inflation und Spirale der Kosten- und Preissteigerungen ist eine weitere Wassertarifanpassung unvermeidbar.“

Es müsse daher eine Anpassung des Arbeitspreises (von ursprünglich 1,35 EUR / cbm Wasser) auf 1,45 EUR / cbm Wasser zzgl. 7 % Mehrwertsteuer erfolgen.

Aktuell liegt der Arbeitspreis der FWF bei 1,284 EUR / cbm (brutto); der aktuelle Wasserbezugspreis der Gemeinde Theilheim von 2,20 EUR / cbm (zzgl. 7 % Umsatzsteuer), den die Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserabgabesatzung festlegt, ist daher neu zu kalkulieren.

Die FWF hat zudem neue Anschlussbeiträge und Anschlussbedingungen ab 01.01.2024 festgelegt (siehe Anlage); dabei wird die Höhe der Anschlussbeiträge ab 01.01.2024 neu auf 0,76 EUR / cbm Jahresbestellmenge zzgl. 7 % Mehrwertsteuer festgelegt.

TOP 08.03	Information: KiTA Theilheim: Standort Baukran (Bürger-Anfrage aus der Gemeinderatssitzung vom 17.01.2023)
Lfd. Nr. 100	

Sachverhalt:

Auf Anfrage in der Gemeinderatssitzung vom 17.01.2023 teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass eine geringfügige Verlagerung des Standortes aus technischen Gründen erforderlich war. Der Standort des Baukrans ist kein Bestandteil der Baugenehmigung.

Eine schriftliche Beantwortung der Anfrage entfällt aufgrund der heutigen mündlichen Beantwortung.

TOP 08.04	Information: Spatenstich zu Umbau und Erweiterung der KiTa St. Johannes am Gartenweg
Lfd. Nr. 101	

Diskussionsverlauf:

Rund 20 Kinder hatten Spaß beim Spatenstich am „Schaufeln“; sie bekamen kleine Minibagger der Bäckerei Ganz.

Alle Beteiligten formulierten den gemeinsamen Willen, am Projekt mit Energie zu arbeiten und es zu einem guten Ende zu bringen.

TOP 09.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 102	

TOP 09.01	Anfrage aus dem Gemeinderat: Weg von der Löschwasserzisterne zum Fußballplatz
Lfd. Nr. 103	

Diskussionsverlauf:

Auf Anfrage teilt Erster Bürgermeister Herpich mit, dass hier noch Gewährleistungsmaßnahmen zur Löschwasserzisterne ausstehen. Die notwendigen Arbeiten am Weg sind durch den Bauhof nicht leistbar; Erster Bürgermeister Herpich bittet – unter Verweis auf den Pachtvertrag (das Gelände ist komplett an den Verein verpachtet) die Fußballabteilung hier selbst tätig zu werden; er wird für die Aktion Bier und Bratwürste spendieren.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
Geschäftsleitende Beamtin